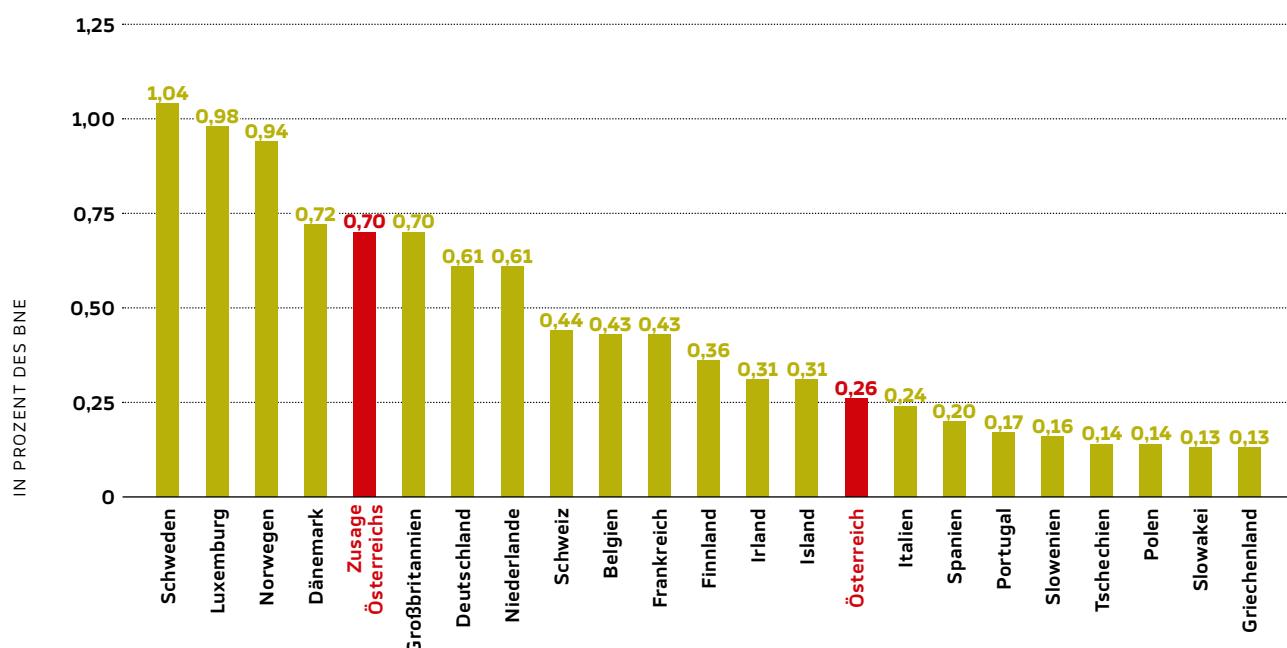


Entwicklungszusammenarbeit in Österreich

Im internationalen Vergleich bei den Schlusslichtern

821 Millionen Menschen hungern weltweit, 3,4 Milliarden Menschen leben unter der Armutsgrenze. Österreich hat im Jahr 2018 laut OECD dennoch nur 0,26 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet und ist meilenweit vom international vereinbarten Ziel, 0,7 % des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, entfernt. Andere Länder wie Großbritannien (ODA-Quote 2018: 0,70 %), Norwegen (0,94 %) oder Schweden (1,04 %) erreichen dieses Ziel seit Jahren.

GRAFIK Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des BNE 2018 – nach Ländern

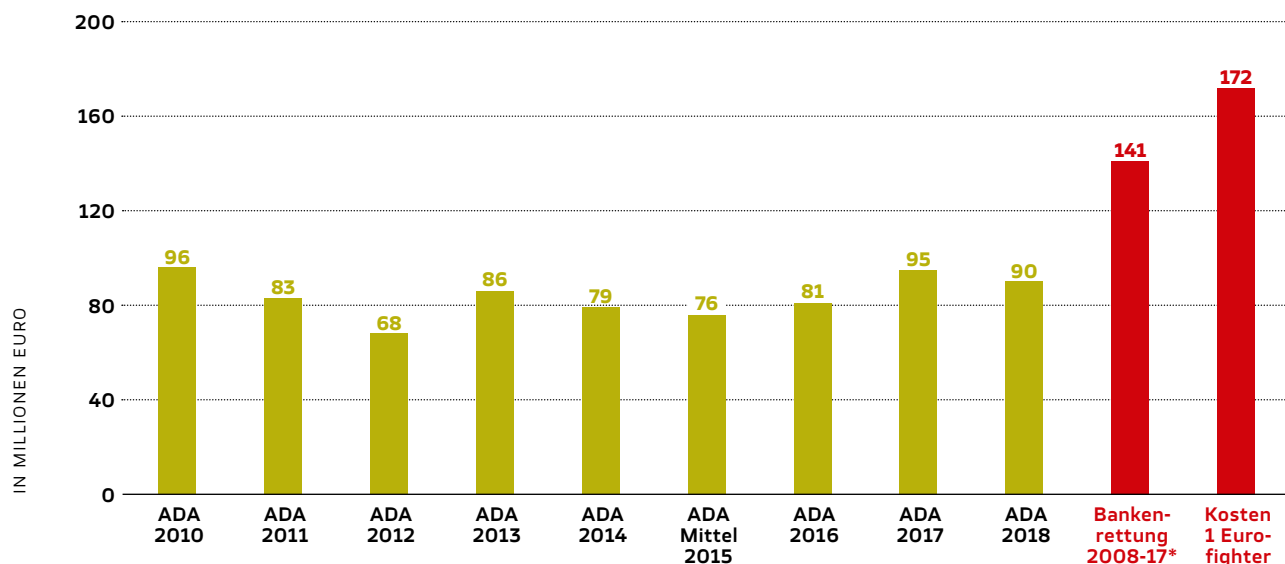




Unsere Visitenkarte in der Welt: Die direkte Projekthilfe stagniert

Die direkte Projekthilfe macht einen kleinen Teil der österreichischen ODA-Quote aus. Im Auftrag des Bundes finanziert die dem Außenministerium unterstellte Austrian Development Agency GmbH (ADA) bilaterale Entwicklungsprojekte. Die direkte Projekthilfe ist eine Visitenkarte Österreichs in der Welt. Sie stagniert seit Jahren. Für einen Eurofighter gibt die Regierung doppelt so viel aus als 2018 für die direkte Projekthilfe vor Ort.

GRAFIK **Operatives Budget der ADA/direkte Projektmittel von 2010-2018 im Vergleich**



* Bankenrettung 2008-2017 Österreich (jährlicher Durchschnitt)

Quellen: ADA Geschäftsberichte 2010-2018

RH-Bericht https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home_1/home_2/Taetigkeitsbericht_Bund_2013.pdf, <https://awblog.at/zwischenbilanz-zehn-jahre-bankenpaket>

Regierung gefordert – Entwicklungszusammenarbeit erhöhen Drei Punkte für Österreichs nächstes Regierungsprogramm:

1. Einen verbindlichen Stufenplan im kommenden Regierungsprogramm festlegen, wie Österreich das international vereinbarte Ziel, 0,7% des BNE für Entwicklungsleistungen zur Verfügung zu stellen, bis 2030 erreichen wird.
2. In einem ersten Schritt die direkten Projektmittel der Austrian Development Agency (operative Mittel) mindestens verdoppeln.
3. Die Empfehlungen des Rechnungshofs zur Umsetzung der Agenda 2030 im kommenden Regierungsprogramm festhalten und spätestens bis Ende der Legislaturperiode umsetzen.